

SP will Steuerdetektive jetzt auf Bundesebene erreichen

Grosser Rat SP zieht Motion zurück und verärgert Bürgerliche, die gern diskutiert hätten

VON MATHIAS KÜNG

Mit einer Motion wollte die SP die Kantonsregierung verpflichten, via Gesetzesänderung «zur Bekämpfung von schweren Steuervergehen Steuerdetektive» zu ermöglichen. Zudem solle man dem kantonalen Steueramt die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen geben.

Der Vorstoss war am Dienstagmittag in der Grossratsitzung traktandiert. Zu einer Debatte kam es aber nicht. SP-Präsidentin Gabriela Suter erklärte nämlich, man ziehe den Vorstoss zurück. Der Grund ist in der regierungsrätlichen Antwort auf die Motion zu finden. Die Regierung hatte darin deutlich gemacht, dass der Steuerbehörde heute keine strafprozessualen Zwangsmittel zur Verfügung stehen. Eine Ausdehnung der Kompetenzen im Sinne der Motion würde in die Kompetenzordnung eingreifen, und: «Eine solche Änderung müsste auf Bundesebene durchgeführt werden». Wenn ein Kan-

ton eigenständig eine Kompetenzerweiterung vornehmen sollte, verletze er damit übergeordnetes Bundesrecht.

Das wollte die SP nicht. So zog sie die Motion zurück. Sprecherin Suter kündigte aber an, man werde eine Standesinitiative einbringen, um das Gesetz auf Bundesebene anzupassen.

Ärger bei Bürgerlichen

Spätestens, wenn es um die Standesinitiative geht, dürfte die Diskussion im Grossen Rat nachgeholt werden, die gestern nicht stattfinden konnte, nachdem die SP den Vorstoss zurückgezogen hatte. Etliche Bürgerliche hätten gern ihre Meinung gesagt und abgestimmt. Silvan Hilfiker (FDP) twitterte verärgert: «Neue Mode im Grossen Rat: Vorstoss einreichen, langes Votum halten und danach zurückziehen, damit sich die politischen Gegner nicht äussern können. Angst vor einer Niederlage? Grosses Unverständnis!»

Inhaltlich hatte Suter ihren Vorstoss zuvor verteidigt. Denn Jahr für Jahr würden dem Fiskus in der Schweiz rund

20 Milliarden Franken vorenthalten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätze, dass in der Schweiz 8,3 Prozent der Einkommens- und Vermögenswerte am Fiskus vorbeigeschmuggelt werden. Angesichts der schmerzhaften Massnahmen «unter anderem auf Kosten der Bildung, Umwelt und der sozialen Sicherheit im Rahmen der kantonalen Abbauprogramme der letzten Jahre» erscheine es dringlich, so die SP-Präsidentin, die möglichen Zusatzerträge auf der Einnahmenseite durch bessere und weitergehende Kontrollen auszusüpfen. Steuererlichkeit sei ein hohes Gut. Es brauche aber Vertrauen in den Staat, dass er die Steuerumgehung aktiv bekämpfe, sonst werde die Steuermoral reduziert.

Regierung: Instrumente genügen

Punkto Bedeutung der Steuererlichkeit zeigte sich der Regierungsrat in seiner Antwort einer Meinung mit der SP. Er findet aber, «dass dieses Gut mit den bisherigen steuerrechtlichen Instru-

menten gepflegt werden soll». Es sei allerdings möglich, ergänzte die Regierung in ihrer Antwort, dass sie bald «zusätzliche Stellen im Bereich Nachsteuern und Bussen des kantonalen Steueramts zur Stärkung der heutigen Aufgabenerfüllung beantragt».

Jetzt bleibt also, auf den neuen Vorstoss der SP zu warten. Der hat dann zwei hohe Hürden zu nehmen: Zum ersten die des Grossen Rates. Falls er sie nimmt, wird er es zum Zweiten auf Bundesebene nicht leichter haben. Dort wurde schon 2013 eine Steuerstrafrechts-Reform diskutiert und wieder abgeblasen. Es ging unter anderem darum, auch kantonale Steuerbehörden Strafverfolgungsrecht anwenden zu lassen. Ende 2017 hiessen National- und Ständerat eine Motion für einen Verzicht auf diese Reform gut. Danach hätten die Initianten ihr Begehren zurückgezogen, so die Aargauer Regierung. Deshalb sei «auf Bundesebene zurzeit nicht mit einer Änderung des Steuerstrafrechts zu rechnen».

Grosser Rat spricht Kredit

Zivilschutzsausbildungszentrum wird saniert und erweitert

Nach 35 Betriebsjahren wird das Zivilschutzsausbildungszentrum in Eiken für 8,3 Millionen Franken teilsaniert und erweitert. Der Grosse Rat hat gestern den notwendigen Kredit dafür einstimmig gutgeheissen. Das Zentrum sei für den Zivildienst von grosser Bedeutung, sagte Manfred Dubach für die SP. Es erfülle seinen Zweck jedoch nicht mehr, es gebe zu wenige und zu kleine Schulungsräume.

Das Zentrum ist das einzige seiner Art im Aargau und habe eine wichtige Funktion in der Ausbildung. Gerade die Ausbildung im Zivildienst habe sich stark gewandelt, sagte die Vorsteherin des Departements Gesundheit

und Soziales, Franziska Roth (SVP), weshalb eine Anpassung nötig sei.

Keine Fraktion sprach sich in der Ratsdebatte gegen die Kreditvorlage aus. Eine kleine Kritik kam von den Grünliberalen, die die ungenügende Anbindung der Anlage an den öffentlichen Verkehr bemängelten. Und auch bei der SVP ist man mit dem Projekt nicht nur zufrieden. So sei der Kredit mit 8,3 Millionen Franken recht hoch veranschlagt, gab Sprecherin Regina Lehmann zu bedenken. Ihre Fraktion anerkenne jedoch auch, dass bei der Erarbeitung des Projektes das Notwendige vom nur Wünschenswerten getrennt worden sei. (EVA)

RATSNACHRICHTEN

RÜCKTRITT

Graf-Bruppacher verlässt den Grossen Rat

Franziska Graf-Bruppacher (SP) tritt aus zeitlichen Gründen aus dem Grossen Rat zurück. Die 47-Jährige sass seit August 2008 im Kantonsparlament. Ihr Mandat als Aarauer Stadträtin behält Graf-Bruppacher bei. Nachfolgerin im Grossen Rat wird Lelia Hunziker (Aarau). (EVA)

DATENSCHUTZ

Leitfaden in Arbeit, Vorstoss zurückgezogen

Nicole Müller-Boder (SVP) hat ihre Motion, welche Datenschutzrichtlinien für die Veröffentlichung von Daten und Fotos von Kindern auf Websites von Schulen forderte, zurückgezogen. Sie sei darüber informiert worden, dass auf Kantonsebene ein entsprechender Leitfaden in Arbeit sei und nehme damit zur Kenntnis, dass ihr Vorstoss vorerst nicht nötig sei, sagte Müller-Boder. (EVA)

INSEKTENSTERBEN

Massnahmen für Biodiversität

Der Regierungsrat nimmt den Vorstoss der Grünen entgegen, dass die Tragweite des Insektensterbens im Aargau aufgezeigt und Gegenmassnahmen vorzusehen seien. Es seien wirkungsvolle Massnahmen gefordert, um den Verlust der Biodiversität aufzuhalten, halten die Grünen per Postulat fest. Diesem Anliegen widersprach im Grossen Rat niemand. (EVA)

WOHLEN-VILLMERGEN

Millionen-Kredit für Ausbau und Sanierung

Für die Sanierung und den Ausbau der Kantonsstrasse zwischen Wohlen und Villmergen wird ein Kredit von 25,744 Millionen Franken gesprochen. Das hat der Grosse Rat einstimmig beschlossen. Ebenso einstimmig sprach er drei Millionen Franken für die Revitalisierung und den Ausbau des Nutzenbachs in diesem Bereich. Die Sanierung der Strasse sei nötig, darin waren sich alle Fraktionen einig. Mit Blick auf die volle Strassenkasse sei bei solchen Geschäften in Zukunft allerdings der Kostenteiler anzupassen, regte die SP an. (EVA)

Eine neue Deponie für das Freiamt

Richtplan Standort mit Fläche von 20 Hektaren festgesetzt

In Boswil und Kallern kann der Depo-niestandort «Höll» realisiert werden. Der Grosse Rat hat gestern Dienstag die entsprechende Festsetzung im Richtplan mit 82 Ja- zu 36 Nein-Stimmen gutgeheissen. Dabei war sich laut Sprecherin Rosmarie Groux (SP) nicht einmal die vorberatende Kommission über den Nutzen der Deponie einig.

Rege Bautätigkeit im Freiamt und die Entwicklung der Region erfordere aber eine Fläche, wo das anfallende Material deponiert werden könne, sagte Stefan Huwyler für die FDP. Auch die SVP

stimmte dem Vorhaben geschlossen zu. Anders sahen das die Gegner, bestehend aus Grünen, der GLP und der Mehrheit der SP. Die Gesamtfläche der Deponie von rund 20 Hektaren beinhaltet Fruchtfelderflächen, die verloren gingen, sagte Hansjörg Wittwer für die Grünen. Zusätzlich werde ein Wildtierkorridor tangiert und es müsse Wald geopfert werden. Es bestehe aber ein Defizit an Deponien und dieses nehme eher zu als ab, erinnerte Stephan Attiger (FDP), der Vorsteher des Departements Bau, Verkehr und Umwelt. (EVA)

Der Legionärspfad interessiert bis nach Bhutan

Archäologie Wie archäologische Denkmäler publikumsgerecht präsentiert werden können, erfuhr eine Delegation aus Bhutan beim Besuch des Legionärspfad in Windisch.

VON JÖRG MEIER (TEXT)
UND SANDRA ARDIZZONE (FOTO)

Bhutan liegt in Südasien und grenzt im Norden an Tibet. Über 80 Prozent des Landes befinden sich auf über 2000 Metern über Meer. Der höchste Berg des Landes ist der 7570 m hohe Gangkhar Puensum - es ist der weltweit höchste Berg, der noch nie von einem Menschen bestiegen wurde. Bhutan zählt rund 800 000 Einwohner. Immerhin: Eine Gemeinsamkeit mit der Schweiz ist, dass beide Länder flächenmässig ungefähr gleich gross sind.

Da verwundert es doch ein wenig, wenn plötzlich eine zweiköpfige Delegation aus Bhutan durch den Aargau reist und sich von kantonalen Fachleuten erklären lässt, wie man hier Archäologie betreibt und die Ergebnisse erfolgreich unter die Leute bringt.

Wie geht Archäologie?

Organisiert wird der Besuch von der Schweizerisch-Liechtensteinischen Stiftung für Archäologie. Die Stiftung unterstützt auch ein Projekt zur Institutionalisierung und Stärkung der Archäolo-



Auf dem Legionärspfad: Kantonsarchäologe Georg Matter, Dasho Karma Weezir (Kulturminister von Bhutan), Rahel Göldi (Leiterin Römerlager), Karma Tenzin (Leiter Archäologie Bhutan), Archäologe Christian Bader (von links).

gie im Königreich Bhutan, wo diese noch in den Kinderschuhen steckt. Entsprechend beeindruckt zeigen sich denn auch der bhutanische Kulturminister und der Chef-Archäologe über den Stand der Archäologie im Aargau,

aber auch über die Art und Weise, wie das römische Leben den Heutigen vermittelt wird. Sie geniessen das Spiel mit der Zeitmaschine, besichtigen das Lager mit der Offiziersküche und das Amphitheater. Relativ unbeeindruckt

sind die Gäste aus Bhutan hingegen von den Contubernia, den nachgebauten Legionärsunterkünften. «Kein Wunder», erklärt Christian Bader, der als Schweizer Archäologe regelmässig Ausgrabungen in Bhutan begleitet, «dort

sind solche einfachen Unterkünfte auch heute noch die Regel.»

Dann will der bhutanische Kulturminister von Rahel Göldi, der Leiterin des Römerlagers Vindonissa, wissen, wie viele Besucher pro Tag kommen. Im Schnitt seien es rund 200, sagt sie. Und ob das alles gratis sei für die Besucher? Rahel Göldi erklärt, dass man leider Eintritt verlangen müsse, doch die Preise seien familienfreundlich gestaltet.

Mittagessen auf der Habsburg

Die Zeit drängt. Die Reise führt auf die Habsburg, wo die Gäste nach dem Mittagessen per Audioinstallation den Königsweg begehen und dabei erfahren, wie hier eine der mächtigsten Dynastien ihren Anfang nahm; auch wenn der Name «Habsburg» in Bhutan kaum jemand kennen dürfte. Aber es geht ja eben nicht um Inhalte, sondern um die Art und Weise, wie sie einfach und attraktiv vermittelt werden können.

Schliesslich führt die archäologische Tour durch den Aargau auf den Kestenberg. Dort wird die bronzezeitliche Fundstelle besichtigt; das kann individuell geschehen, indem jeder sich die Erklärungen samt 360-Grad-Ansicht von damals aufs Handy laden kann.

Bis man in Bhutan so weit ist, wird es noch einige Zeit dauern. Aber der Leiter der nationalen Archäologie ist höchst zufrieden, dass er weiter auf die Unterstützung aus der Schweiz rechnen darf und nun selber schon über ein vierköpfiges Team verfügt.